

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fiktal-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter J. Hoff,
8. W. Corner Third and
Canton str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 Mk. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 5ten Monat und auf den
10ten Monat besonders an-
genommen; im Kgr. Sachsen
u. Preuss. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiktal-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf. — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 95.

Freitag, 20. August.

1875.

Nationalökonomie.

Zweiter Entgegnungsartikel der „Deutschen All-
gemeinen Zeitung“.

Die Arbeiter als Creditgeber des Fabrikanten.

Leipzig, 20. Juli. Wo immer der Arbeiter in seinem
Verhältnisse zum Arbeitgeber, zum Fabrikanten u. ungerechterweise
benachteiligt, wohl gar in seiner Gesundheit oder seinem Leben
durch Lieblosigkeit, Eigennutz oder Leichtsinns des letzteren gefährdet
erscheint, da hat die Presse aller Parteien gleichmäßig die Pflicht,
ihm zu Hilfe zu kommen und entweder die Gesetzgebung anzurufen,
daß sie einschreite, oder durch die Macht der öffentlichen Meinung
direkt auf solche inhumane und ungerechte Arbeitgeber zu wirken.
So oft die sozialistische Presse beschwerden dieser Art, natürlich
beglaubigte und begründete, und entgegenbringt, werden wir gern
ihre beabsichtigten und ihre Forderungen auf Abhilfe nach Kräften
unterstützen, wie wir das, um nur ein Beispiel anzuführen, in
Sachen der Haftpflicht des Unternehmers bei nicht vom Arbeiter
selbst verschuldeten Unglücksfällen allezeit nachdrücklich gethan haben.

Dagegen halten wir uns ebenso für verpflichtet, unbegründete,
auf falscher, oberflächlicher Betrachtung oder auf sichtlicher Entstel-
lung der wirklichen Verhältnisse beruhende Beschwerden und Klagen
der sozialistischen Presse in ihrer Richtigkeit anzuzeigen, und es
kann uns dabei nicht irremachen, wenn diese Presse, wie sie wahr-
scheinlich thun wird, uns deshalb einer Ungerechtigkeit, wohl gar
Feindseligkeit gegen die Arbeiter bezichtigt. Wir wissen uns von
einer solchen ebenso wie von einer einseitigen Parteinahme für die
Arbeitgeber vollkommen frei; aber wir sehen auch keinen Grund
ab, gegen die letzteren ungerecht zu sein, und glauben den Arbeiter
selbst zu nützen, wenn wir sie auf Tugenschlüsse aufmerksam machen,
durch welche die sozialistischen Agitatoren sie irreführen, statt sie
zu belehren.

Dies letztere nun ist der Fall mit einem Artikel im „Volks-
staat“, auf den wir schon neulich anspielten. Der Artikel enthält
so grobe Unrichtigkeiten, daß man sich wirklich wundern muß, wie
derselbe hat geschrieben und veröffentlicht werden können. Jeden-
falls wird hier auf die Oberflächlichkeit und Unwissenheit der Leser
des „Volksstaat“ in einer Weise spekulirt, die wenig schmeichelhaft
für sie ist und nicht eben eine besondere Achtung für dieselben auf
seiten der Redaktion befördert.

Der fragliche Artikel, in den Num. 76 und 77 enthalten und
überschrieben „Die Waare“ „Arbeitskraft“, bringt erst, wie ge-
wöhnlich, eine ermüdend lange theoretische Auseinandersetzung über
das Wesen der Arbeitskraft als „Waare“, über den Arbeitslohn u. c.;
dann fährt er fort:

„Man darf mit vollem Rechte behaupten, der Arbeiter liefert
während der Arbeit seine Waare, die Arbeitskraft, stückweise in
lauter kleinen Theilen an den Käufer ab; dieser kommt also all-
mählich in den Besitz der eingetauschten Waare und zahlt den
Preis für dieselbe erst nach erfolgter Ablieferung, da Lohnvor-
schüsse ja zu den Ausnahmefällen gehören. Der Arbeiter schiebt
dagegen den Gebrauchswert seiner Arbeitskraft dem Kapitalisten
vor; sobald er eine Stunde gearbeitet hat, ist der Arbeitgeber
in den Besitz eines Theiles der gekauften Waare gekommen
während der Arbeiter noch seinen Lohn, also auch noch nicht
den Preis seiner Waare erhalten hat. Je weiter die beim Ar-
beitscontract stipulirten Lohntermine auseinanderliegen, desto
größer ist der Credit, welchen der Arbeiter dem Arbeitgeber ge-
währt, unter den thatsächlich bestehenden Verhältnissen gewähren
muß; denn der Arbeiter, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft,
muß sich zumeist neben dem Preise auch die Zahlungsbedingungen
beim Verkauf seiner Waare vorschreiben lassen.“

„So wesentlich dies Moment im ersten Augenblicke erscheint,
so schwerwiegende Folgen hat es doch für die Arbeitgeber und
für die Arbeiter. Wäre der Arbeitgeber verpflichtet, an jedem
Abend den Lohn auszuzahlen, so würde er die Zinsen für die
einzelnen Tage verlieren, während welcher er den Credit der
Arbeiter geniest. Wenn nun auch bei einem Lohnsage von
1 Thlr. pro Tag und 6 Proz. Zinsen dies pro Woche und
Arbeiter nur etwas über 1 Pf. ausmacht, so wiederholt sich der
Profit doch 52 mal im Jahre, so daß ein Arbeiter 5 1/2 Gr.
Zins verdient wird. Bei sechs Arbeitern macht das im Jahre
über 1 Thlr.; die Millionen Arbeiter bringen also im Laufe
des Jahres den Kapitalisten Millionen Thaler an Zinsen ein
durch den Gebrauch, die Arbeitskraft auf Credit zu verkaufen.
Die Arbeiter dagegen erleiden durch dies Creditiren des Lohnes
weitaus weit größere Verluste, als die Arbeitgeber am Zins
gewinnen. Der Arbeiter muß täglich leben, also auch seine
Lebensbedürfnisse täglich einkaufen; sobald er nicht in der Lage
ist, haar bezahlen zu können, fällt er dem Bucher der Klein-
händler in die Hände, welche ihm ihre schlechte Waare bei ge-
ringem Maße und Gewicht, aber hohem Preise, auf Borg bis
zum Lohnzahlungstage geben und dabei kolossale Verdienste ein-
sacken.“

Der Artikelschreiber des „Volksstaat“ vergißt hier ganz oder
verschweigt absichtlich, daß die „Arbeitskraft“ des Fabrikarbeiters
nicht in dem Sinne eine „Waare“ ist, daß sie sofort von dem
Arbeitgeber, dem Fabrikanten, auf den Markt gebracht und in
Geld umgesetzt werden könnte. Dazu bedarf es meist noch wei-
terer Manipulationen und mitwirkender Hände — ein Beweis,
beiläufig gesagt, daß das „Arbeitsproduct“ nicht bloss das Resultat
der Arbeit eines Einzelnen ist, also auch nicht bloss ein Einzelner
auf den ganzen „Ertrag“ desselben Anspruch hat.

Rechnen wir z. B. einen in Sachsen vielgearbeiteten Artikel:

baumwollene Handschuhe. Da liefert ein Arbeiter das Gemedt,
ein anderer (oder eine Arbeiterin) näht dasselbe zusammen und
macht Handschuhe daraus, dann werden diese verpackt, etikettirt u.
— genug, das „Arbeitsproduct“ muß durch eine Menge von
Händen gehen, ehe es zu einer „Waare“, d. h. zu einem verkäuf-
lichen Gegenstande wird.

Und wenn nun das Arbeitsproduct wirklich fertig ist, so daß
es verkauft werden könnte, so ist damit noch gar nicht gesagt, daß
es auch alsbald verkauft wird; ehe das geschieht und ehe das Geld
für die verkaufte Waare in die Tasche des Fabrikanten fließt,
können Monate, Vierteljahre, bisweilen Jahre vergehen. Ja es
ist überhaupt nicht sicher, ob und wann der Fabrikant eine solche
Waare verkauft. Es kann sein, daß sie ihm ganz auf Lager bleibt,
oder daß er sie nur mit großem Verluste verkaufen kann, oder
daß er an dem dafür bedungenen Preise einbüßt, weil der Käufer
bankrott wird u. c. Alle diese Risiken, baaren Einbußen, Verluste
an Zinsen trägt einzig und allein der Arbeitgeber, der Fabrikant.
Der Arbeiter hat seinen Lohn vorweg und kümmert sich nicht
darum, braucht sich auch nicht darum zu kümmern, ob der Arbeit-
geber die Waare verkauft, ob er daran verliert, ob er sie jahre-
lang auf Lager behält und die Zinsen einbüßt u. c.

Dieser ganze Thalbestand ist so einfach und klar, daß wirklich
viel Sophisterei dazu gehört, um ihn dergestalt, wie hier geschieht,
zu verzerren. Nicht der Arbeiter ist es, der dem Arbeitgeber seine
Arbeit „vorschiebt“, sondern umgekehrt empfängt er vom Arbeit-
geber den Lohn für seine Arbeit (und wenn auch erst nach einiger
Zeit) immer viel früher, als diese Arbeit dem Arbeitgeber Ertrag
gewährt; er erhält ihn also „vorgeschossen“. Ja er empfängt ihn
auch dann, wenn die Arbeit gar keinen Ertrag gewährt; er hat
seinen Lohn sicher in der Tasche, wenn der Arbeitgeber noch darauf
ausgehen muß, diesen und die andern Auslagen, die er für die
Waare gemacht hat, wieder hereinzubekommen, und oft nicht weiß,
ob er sie hereinbekommt. Würde der Arbeiter dieses Risiko mit
dem Arbeitgeber theilen wollen? Oder würde er auch nur mit
der Entschädigung für seine Arbeit, mit seinem Arbeitslohn, so
lange warten wollen, bis der Fabrikant die Waare abgesetzt und
den Kaufpreis dafür einliefert hätte? Gewiß nicht! Nun, dann
kann auch nicht behauptet werden, daß der Arbeiter dem Fabrik-
anten seine Arbeit „vorschiebt“ und daß letzterer dadurch einen
ungerechten Gewinn zieht, der Arbeiter aber eine unbillige Ein-
buße erleidet.

Daß der Arbeiter, der gar kein Geld in der Hand hat und
daher bis zum Lohnzahlungstage seine Bedürfnisse auf Borg nehmen muß,
übel daran ist, weil er alles theurer bekommt, wollen wir nicht
bestreiten. Aber auch dagegen gibt es Abhilfe. Der Arbeiter
suche von seinem Lohne sich allmählich etwas zu ersparen, damit
er nöthigenfalls sich selbst auf seinen künftigen Lohn etwas vor-
schließen könne! Und sobald er benutze man das so wirksame und
wohlthätige Mittel der Consumvereine, in denen durch vereinte
Kraft es möglich wird, alle Lebensbedürfnisse billiger zu kaufen!

Uebrigens würden gewiß auch die Arbeitgeber in besonders
hellen (Stiers als jetzt wohl geschieht) dem Arbeiter durch Lohn-
vorschüsse unter die Arme greifen, wenn nicht mit diesen Vor-
schüssen bisweilen großer Mißbrauch zum Nachtheile der Arbeit-
geber getrieben worden wäre, indem manche Arbeiter nach erhal-
tenem Vorschusse ihr Verhältniß zu dem bisherigen Arbeitgeber
lösten, ohne den Vorschuß zurückzahlen.

Wenn die sozialistischen Agitatoren die Arbeiter auf alles dies
aufmerksam machen und ihnen im Hinblick darauf guten Rath
ertheilen, so wäre dies für die Arbeiter sicherlich nützlich, als
daß man ihnen von einer angeblichen Ungerechtigkeit vorepredigt,
wo keine zu finden ist, und damit Erbitterung zwischen ihnen und
den Arbeitgebern säet, statt auf eine gerechte Ausgleichung der
beiderseitigen Interessen hinzuwirken.

Zur Knappschaffstassen-Frage.

I.

Am 12. Juli tagte in Zwickau eine allgemeine Bergarbeiter-
versammlung, deren Tagesordnung lautete:

„Berathung der Statuten für den projectirten Allgemeinen
Knappschaffstassenverband im Zwickauer Inspectionsbezirke.“

Sie war einberufen von einem Comité (resp. dessen Vorsitzenden
Kirchkeis), das sich vor ungefähr 1 1/2 Jahren aus Knappschaffstassen-
ältesten der dem Zwickauer Inspectionsbezirke zugehörigen 9 Knapp-
schaffstassen zusammengesetzt hat. — Das Comité nennt sich
Vertretung der Knappschaffstassen, obgleich die Mitglieder desselben
nicht von den Arbeitern, sondern von den Bergwerksbesitzern ge-
wählt worden sind. — Der geistige Leiter des Comité's ist Herr
Dinter, beiläufig bemerkt, nicht Bergmann und früher, ebenso
wie der Herr Kirchkeis, Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiter-
partei. — Das Comité erstreckt die Verschmelzung sämtlicher
zum Zwickauer Inspections-Bezirk gehörenden Knappschaffstassen
und hat zu diesem Behufe der schon erwähnte Hr. Dinter Sta-
tuten entworfen resp. eine von der Regierung gemachte Statuten-
vorlage so umgearbeitet, daß sie — wie das Comité sagt, — zum
Nutzen der Arbeiter sein soll. Wir werden später sehen, wie sich
die Sache verhält.

Herr Kirchkeis eröffnete die Versammlung und übernahm
den Vorsitz, trotzdem von verschiedenen Seiten dagegen protestirt
und verlangt wurde, daß ein Vorsitzender gewählt werde, da man
zu Herrn Kirchkeis und dem Comité kein Vertrauen habe, was
schon der schwache Besuch der Versammlung zeige. (Es waren von
den dem Zwickauer Bezirk angehörig circa 10,000 Bergleuten,
nur etwa 70 Mann anwesend.)

Der Vorsitzende erklärte nun, daß Herr Dinter, obwohl nicht
Bergarbeiter, von dem Comité herangezogen worden sei zu den
schriftlichen Arbeiten, und daß dieser die von ihm (Dinter) ver-
faßten Statuten zur Verlesung bringen werde.

Zuvor wird noch ein Beschluß der Kgl. Kreisdirection vom
6. Juni 1874 und ein solcher vom Kgl. Gerichtsamt vom
17. Juni v. J. verlesen, durch den die Knappschaffstassen-
aufgefordert werden, Schritte zu einer Vereinigung sämtlicher
Knappschaffstassen zu thun.

Nachdem der Vorsitzende erklärt, daß beim Verlesen der Sta-
tuten keine Opposition gemacht werden dürfe, trägt Hr. Dinter
die von ihm verfaßten Statuten vor und lautet der § 1 dem
Sinne nach etwa:

„Zum Beitritt als Mitglied des vereinigten Knappschaffstassen-
verbandes ist Jeder verpflichtet, welcher in den Kohlenwerken
innerhalb des Zwickauer Inspections-Bezirks arbeitet, gleichviel
ob er in der Grube oder als Tagelöhner beschäftigt ist. Voraus-
gesetzt ist, daß er zur Aufnahme nach den allgemeinen Bedin-
gungen des § 2 qualifizirt ist. Den Offizianten und Beamten
bleibt der Eintritt freigestellt.“

Daß der Verband sich nicht über ganz Sachsen erstreckt, wird
von Herrn Dinter dadurch motivirt, daß in diesem Falle die Ver-
waltung und Controlirung der Kasse ungeheuer erschwert werde!
Die von Manchem gewünschte Vereinigung aller sächsischen Berg-
arbeiter könne dadurch bewirkt werden, daß die verschiedenen Kassen
unter sich in Verbindung treten, so daß ein hier ausstretendes
Mitglied von einer andern Kasse mit denselben Rechten anzuneh-
men würde. Die von dem betr. Bergarbeiter gezahlten Beiträge
würden restituirt und der in Frage kommenden Kasse überwiesen.
Die Aufnahme der Tagelöhner entspricht den allgemeinen Bedürf-
nissen.

Daß die Beamten und Offizianten nicht verpflichtet sein sollten,
der Kasse beizutreten, habe seinen Grund darin, daß diese, da
besser situirte, sich größere Vortheile in Unfall- und Renten-
versicherungsbanken schaffen könnten.

Bei der hierauf sich entspinneenden Debatte fordern mehrere
Redner einen sich über ganz Sachsen erstreckenden Verband. Dem
erwidert Herr Kirchkeis, daß dies nicht nöthig sei und will den
§ 2 verlesen lassen.

Bucher bittet ein anwesender Bergmann, der vor einigen Wochen
gemafregelt worden ist, um Wort, das ihm aber nicht ertheilt
wird. Auf seinen Protest bemerkt der „Vorsitzende“, „wir wissen
schon, mit welchen Elementen wir es zu thun haben.“

Der § 2 kam nun zur Verlesung, obgleich über die Annahme
des 1. nicht abgestimmt wurde. Auf Vorschalten erklärt Hr. Kir-
chkeis, daß das Comité eigentlich gar nicht nöthig habe, Versam-
lungen abzuhalten, es wolle nur auch die Ansichten der Arbeiter
über die Statuten hören. (Wie gnädig!)

§ 2 lautet:
„Qualifizirt zur Mitgliedschaft sind 1) Diejenigen in § 1
genannten Personen, welche das 16. Lebensjahr zurückgelegt und
das 36. noch nicht erfüllt haben.

2) Die mit einer zur Arbeit untauglich machenden Krankheit
oder der Anlage dazu nicht befallen sind, und überhaupt den
Knappschaffstassen vollständig körperliche Tüchtigkeit nachzuweisen
vermögen.

3) Diejenigen, welche sich nicht wiederholt ein entehrendes
Verbrechen zu Schulden haben kommen lassen.“

Motive: Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen Personen
unter 16 Jahren nicht zu Grubenarbeiten verwendet werden; es
erscheint daher geboten, derartige jugendliche Arbeiter erst nach
dem 16. Jahre in die Kassen aufzunehmen. Personen, die schon
bei Aufnahme in den Verband körperlich gebrechlich sind, würden
dem Verbands nur schaden, sie sind deshalb von der Aufnahme
ausgeschlossen. — Dies bezieht sich aber nur auf neu Aufzuneh-
mende, während diejenigen, welche schon jetzt einer Knappschaffstas-
sen angehören, durch diese Bestimmungen nicht berührt werden.
Daß Personen aufgenommen werden können, die sich ein wieder-
holtes Verbrechen nicht zu Schulden kommen lassen, ist deshalb
billig, weil sich annehmen läßt, daß sich die betr. Personen ge-
bessert haben.

Ein Bergmann erklärt sich hierauf, daß er es sehr ungerecht
finde, daß die Arbeiter erst vom 16. Jahre dem Verbands beitre-
ten dürften, da ja allgemein bekannt sei, daß sehr viele
junge Leute von 14 und 15 Jahren bei den Bergwerken be-
schäftigt seien, bei denen doch ebenso gut Unglücksfälle vor-
kommen könnten wie bei Älteren. — Ein Anderer macht wieder-
holt, wenn auch vergeblich, darauf aufmerksam, die heutige Ver-
sammlung sei nicht kompetent, da nur etwa 1/2% der den Knapp-
schaffstassen angehörenden Arbeiter anwesend sei.

Herr Dinter erwidert auf den Vorwurf des ersten Redners,
daß man sich an das Gesetz halten müsse, welches verbiete, junge
Leute unter 16 Jahren in der Grube zu beschäftigen. Doch könne
man event. derartige junge Personen, welche über Tage (nicht in
der Grube) beschäftigt würden, ja mit einschließen.

Es wird hierauf der Antrag eingebracht, „daß junge Leute von
14 resp. 15 Jahren, wenn sie im Bergwerk beschäftigt sind (wenn
auch nur über Tage) in den Verband aufgenommen werden sollen,
andernfalls aber den betr. die Arbeit versagt sei.“

Der Antrag wird angenommen.

Herr Dinter verliest nun den § 3:
„Die Anmeldung zur Aufnahme als Mitglied hat bei dem
Knappschaffstassen-director bei Strafe von 15 Kreuzroschen im
Unterlassungsfalle, und nach Befinden Erhöhung, persönlich zu
erfolgen. Beizubringen ist: a) der Geburtschein, b) ein knapp-“

Schäftsärztliches Attest mit Signalement und c) ein Sittlichkeitszeugniß.

Notivort wird der Antrag ungefährt folgendermaßen:

Der Verwaltung ist die Ausnahme deshalb übertragen worden, weil der Ausschuss nur zeitweilig tagt. Nur in streitigen Fällen über Aufnahme würde der Ausschuss zu entscheiden haben. — Die Beibringung des Geburtscheines bezieht nur solche Personen, die neu aufgenommen werden, um deren Alter festzustellen. Das ärztliche Zeugniß ist deshalb erforderlich, damit man wisse, ob der Aufzunehmende gesund und körperlich tüchtig sei. Das dem ärztlichen Zeugniß das Signalement beigefügt sein müsse, sei notwendig, damit kein Betrug vorkommen könne und nicht ein vielleicht körperlich untüchtiger Arbeiter irgend eine andere gesunde Person zur ärztlichen Untersuchung schicken könne, um sich auf diese Weise ein Gesundheitsattest zu verschaffen. Daß der Arzt seine Pflicht verleihe und Jemanden für tüchtig erkläre, der es nicht wäre, sei nicht anzunehmen.

Einige Anwesende sprechen dagegen, daß dem ärztlichen Zeugniß das Signalement beigefügt werden müsse. — Herr Kirchkeis und Dinter erklären aber, es ist notwendig und verliert Letzterer ohne Weiteres sodann den § 4, welcher ungefährt lautet:

„Der Knappschaffsdirector hält über die Anmeldungen zur Mitgliedschaft ein alphabetisches Anmeldebüchlein, in welches er den Tag der Anmeldung, den vollen Namen des Aufzunehmenden, dessen Lebensalter, Geburts- und Heimathsort und das Kohlenmaß, sowie in welcher Eigenschaft er angestellt ist, einzutragen hat.“

Als Motiv wird die Nothwendigkeit angegeben, daß jedes Mitglied zu jeder Zeit zu ermitteln sei bei der Erhebung von Beiträgen etc.

Ein anwesender Arbeiter bittet ums Wort, das ihm aber nicht ertheilt wird, da er nicht Bergarbeiter sei. Dagegen protestiren verschiedene Anwesende und heben hervor, daß dann ja auch Herr Dinter nicht sprechen dürfe, der ebenfalls nicht Bergmann sei. — Man schreitet jedoch ruhig zur Verlesung des § 5:

„Hat das neu aufgenommene Mitglied eine Ehefrau oder kleine Kinder, so ist das dem Knappschaffs- resp. Cassenverwalter bei Aufnahme genau anzugeben behufs Eintragung in das Register der Knappschaffsangehörigen, und wird dem Angemeldeten ein Receptionschein ertheilt. — In gleicher Weise hat jedes Mitglied bei späterer Verheirathung etc. dem Knappschaffsdirector Anzeige zu machen. Nichtangemeldete Ehen haben keinen Anspruch auf Unterstützung.“

Der § wird dadurch motivirt, daß man eine genaue Uebersicht über die Familienzahl haben müsse, wenn es sich darum handle, denselben Unterstützung angedeihen zu lassen, und daß ferner nur wirkliche Unterstützungsbedürftige, aber keine unehelichen Kinder Unterstützung finden! (Sehr gut! verehrliches Bergarbeitercomité.)

Der schon oben erwähnte, gemahregelte Bergmann bittet wiederholt ums Wort und verliert, da es ihm wieder nicht ertheilt wird, mit etwa ein Viertel der Anwesenden das Local. Auch einem invaliden Bergmann, welcher der Casse noch angehört, wird das Wort nicht ertheilt, weil er nicht mehr activer Bergmann sei. (Es sind jetzt, mit Einschluß des Herrn Stadtrath, des Kellners, einiger anderer Nichtbergleute und des Comité's in Summa Summarum noch 52 Personen anwesend.)

Herr Kirchkeis hält nun eine längere Strafpredigt, die etwa folgendermaßen lautet:

Hier kann man sehen, wie die Leute, die früher so für eine Vereinigung gewesen sind, jetzt direct dagegen anstreben und nur Opposition machen wollen, das ist aber das Bestreben einer gewissen Partei. Wir (!) sind die Vertreter der Bergleute und sehen uns deshalb veranlaßt, mit der Regierung Hand in Hand zu gehen (wörtlich!). Die Regierung hat es nur mit den Vertretern zu thun und nicht mit jedem Einzelnen. Wenn auch hier die Leute so feindselig auftreten, das soll uns gleich sein, die können uns nicht schikaniren. Wir hätten die Vereinigung auch auf andere Weise herbeiführen können, wir brauchen nicht in die Öffentlichkeit zu gehen, denn wir sind als Vertreter „Vertrauensleute“. Wir werden aber die Statuten weiter vorlegen, um die Genehmigung der Arbeiter einzuholen.

Personen, die nicht Bergarbeiter sind, können auch nicht in unsere Sache hereinreden. Ein Seiler weiß nichts von dem Bergarbeiterstand, so gut wie ich nichts von der Seilerei verstehe. Herr Dinter, der allerdings auch nicht Bergarbeiter ist, haben wir nur zu den schriftlichen Arbeiten herbeigezogen und zum Entwurf der Statuten. Wir sind gegen 10,000 Bergleute — (Herr Kirchkeis scheint an Größenwahn zu leiden) — und brauchen deshalb Niemanden, der unsere Verhältnisse nicht kennt, mitsprechen zu lassen.

Mehrere Bergarbeiter sagen hierauf dem „Vorlesenden“, daß die Bergarbeiter wohl die Vereinigung, aber die von sämmtlichen sächsischen Bergarbeitern wollten, dies sei aber bei dem Comité nicht der Fall, das jetzt augenblicklich bloß scheinbar dem allgemeinen Drange folge und deshalb in öffentlicher Versammlung auftritt. Herr Kirchkeis habe es ja vorhin ausgesprochen, daß sie nicht in die Öffentlichkeit zu gehen brauchen!

Dinter. Im vorigen Jahre hat Liebknecht die Behauptung aufgestellt — (der Redner wird durch Rufe: „zur Geschäftsordnung“ etc. unterbrochen. Er bemerkt deshalb kurz: Liebknecht habe den Vorschlag gemacht, den Besitzern der Bergwerke die jetzt bestehenden Casse zu schenken.)

Von einem Bergarbeiter wird der Antrag gestellt die Versammlung heute zu schließen. Was denn auch nach einem lebhaften persönlichen Streit vom Vorlesenden geschieht, da die Zahl der Anwesenden sich immermehr verringerte, so daß zum Schluß einschüchlich des Comité's nur noch 29 Mann anwesend sind.

Acht Tage später wurde die „Berathung“ der Statuten fortgesetzt, und werden wir unseren Bericht auch darüber folgen lassen, um vor Allem den Bergarbeitern Gelegenheit zu geben, bemessen zu können, wie ernst es dem Comité mit der Lösung der Knappschaffsklassenfrage im Interesse der Bergarbeiter ist. Der Geist, mit welchem die Verhandlungen geleitet werden, spricht zur Genüge über die Absichten und Fähigkeiten des sogenannten Comité's, nebst dem daß der Wortlaut des Statuts, soweit bis jetzt bekannt, an reaktionärer Tendenz nichts zu wünschen übrig läßt. Wir verweisen u. A. nur auf den Schluß des § 5 und auf dessen Motive betr. die unehelichen Kinder.

Politische Uebersicht.

— Eine neue Enquete über Arbeiterverhältnisse wird von dem preussischen Handelsministerium vorbereitet, und zwar handelt es sich um die von Inhabern größerer gewerblicher Betriebsstätten für die Wohlfahrt ihrer Arbeiter getroffenen Einrichtungen. Dem Erlaß sind Fragebogen beigelegt, deren wesent-

lichen Inhalt wir nach der „Concordia“ hier mittheilen: „a) Bezieht das in Ihrem Geschäft befindliche Personal eine Quote vom Reingewinn? b) 1. Ist es dem Personal des Geschäfts gestattet, sich mit Kapital an denselben zu betheiligen? b) 2. Findet eine solche Betheiligung einzelner Beamten, Werkmeister etc. aus freier Entschliezung des Unternehmers als Anerkennung treuer Dienste statt? c) Sind für das Personal des Geschäfts Sparkassen-Einrichtungen getroffen? d) Fürsorge für Wohnungen? Bestehen Einrichtungen: 1. zur Beförderung des Erwerbes eigener Wohnungen? 2. zur Beschaffung von Mietshwohnungen? 3. Bestehen Logis- und Schlafhäuser (Schlafäle) für Arbeiter, welche nicht täglich nach Hause gehen können? 4. Dürfen die Inhaber der dem Geschäft angehörigen Mietshwohnungen ledigen Arbeitern bezw. Arbeiterinnen Schlafstellen vermiethen? e) Ernährung? Besteht eine Speisestube (Vollstüche, Fabrikmensage)? f) Kleidung und Wäsche (Arbeitskleidung, Uniformierung der Arbeiter etc.)? g) Billige Beschaffung von Lebensbedürfnissen aller Art (Consumvereine etc.)? h) Gesundheitspflege? i) Seelsorge? k) Erziehung und Unterricht (Kleinkinderbewahranstalt, Kleinkinderkassen, Kindergarten, Waisenhaus, Fabriksschule, Fortbildungsschule für nicht mehr schulpflichtige junge Leute, Schule für Mädchen zur Erlernung weiblicher Arbeiten)? l) Geistige und sittliche Ausbildung der Erwachsenen, Gefelligkeit und Erholung? m) Sonstige Wohlfahrts-einrichtungen? — Es wird also immer mehr „schätzbare Material zur Arbeiterfrage“ — auch Macalatur genannt — zusammen-gescharrt werden im deutschen Reich! Nun, und paßt das schon deshalb in den Kram, weil uns auf diese Weise stets neue Gelegenheiten geboten wird, den guten Willen des obersten Gesellschaftskreises zur möglichsten Aufbesserung der Lage unseres Arbeiterstandes im Brillantfeuer der Thatfachen erstrahlen zu lassen.

— Die an den Aktionären der Rumänischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft verübten großartigen Betrügereien erfahren von der mit großer Energie gegen das gründerische Banditentum vorgehenden „Deutschen Eisenbahn-Zeitung“ eine sehr umfassende Beleuchtung. Die Summe, um welche die in einer der letzten Nummern des „Volksstaat“ genannten Herren die Aktionäre erleichtert haben, giebt das Blatt in niedrigster Schätzung auf nicht weniger als 53,486,028 Thaler an. Dazu kommen noch, wenn der Kontrakt durchgeführt wird, den die Betrüger wegen der zum Ausbau der Bahnstrecken noch nothwendigen 13 Millionen Thaler mit sich selbst und der Heferschefflerin des Aufsichtsraths, der österreichischen Staatsbahngesellschaft, abgeschlossen haben, weitere 822,700 Thaler, wovon 411,350 Thaler in die Kasse der genannten Gesellschaft, 137,116²/₃ Thaler in die Tasche des sehr ehrenwerthen Herrn von Reichsdröder und 274,212²/₃ Thaler in die Geldschränke der Diskontogesellschaft, d. h. zum großen Theil in die auch recht sauberen Finger der Hansemann, Reinhardt und Riquel wandern. Wenn ferner der mit der rumänischen Regierung abgeschlossene Kontrakt wegen des Vorschusses von 63 Millionen Franken genehmigt wird, so kommen noch 3,108,000 Thaler hinzu, so daß die Summe, um welche die Aktionäre bestohlen worden sind, alsdann gar 57¹/₂ Millionen Thaler betragen wird. Für die Wahrheit dieser für den schlichten Menschenverstand ungeheuerlichen Angaben erklärt die „Deutsche Eisenbahn-Zeitung“ jedem Gerichte gegenüber einstecken zu können. Mit Bezug hierauf giebt sie folgende Erklärung ab: „Die hinter uns mit ihrem Zeugniß stehenden Männer sind Ehrenmänner in jeder Beziehung des Wortes und ist das Beweismaterial ein so reichhaltiges, daß wir unsere Leser nur bitten können, mit der etwas langweiligen Publizierung Nachsicht zu üben. Hoffentlich wird dann auch der Tag wieder anbrechen, in dem die Wahrheit und das allgemeine Recht wieder so viel Geltung erlangen gegenüber unseren forrumpirten Verhältnissen, daß es möglich ist, der ehrlichen Arbeit und dem saueren Erwerb diejenige Stellung wieder zu erringen, welche ihnen heute geraubt ist durch die Schlaubeit des müßelosen Einsadens und der privilegierten Umgehung aller Befehle der öffentlichen Ordnung und der allgemein menschlichen Moral!“ — Der Tag der Wahrheit und Ehrlichkeit, welchen die „Eisenbahn-Zeitung“ erhofft, wird in der bestehenden Gesellschaft nicht anbrechen — es ist der Tag, welcher auf den Lebensabend und die bald hereinbrechende Todesnacht der kapitalistischen Produktion folgt. Bis dahin mögen die Reichsdröder, Hansemann und Complicen, die übrigens nicht zu der Sorte Spitzbuben gehören, welche gemeinhin gehangen wird, sich weiter Mühe geben, zu beweisen, welche ein Recht, was für eine Moral in Bismarcks neuem Reich, im „modernen Rechtsstaate“, im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ herrschend ist. Betrügen — stehlen — morden!!!

— Intelligenzstaatliche „Cultur“. Wir haben schon auf den Schulbänken die triviale Weisheit gelernt, schreibt der Berliner Correspondent der „Neuen Babilonischen Landeszeitung“, daß die Gladiatorenspiele der römischen Kaiserzeit eines der sichtbarsten Zeichen des Verfalls jenes Weltreichs gewesen seien, und wer sich heute etwa beikommen ließe, in diesem gestrittenen Deutschland die spanischen Stierkämpfe als etwas Ergötzliches oder nur Erlaubtes darzustellen, läme unverweigerlich in den Ruf eines gesichtslosen Barbaren. Ein Vorfall, der sich dieser Tage hier ereignete, giebt einigen Anlaß zum Nachdenken darüber, wie viel Grund wir zu solchem Pharisäertum haben. Im „Neuen Hosiäer“, einem großen Etablissement im fashionablen Thiergartenviertel, dessen Lage und Preise es jener Bevölkerungsschicht, aus welcher Herr Hartort die Beispiele für seine Brutalitätsstatistik mit Vorliebe zu entnehmen pflegt, nahezu gänzlich verschließen, produzierte sich seit Anfang dieser Woche eine junge und schöne Seilschülerin („Miss Victoria“), seit sechs Jahren und länger ein „Liebling“ der Berliner. Sie lief vorwärts, rückwärts, mit verbundenen Augen, endlich auf einem Velocipede über das fünfzig Fuß hoch gespannte Drahtseil. Den ersten Abend ging Alles glücklich ab; am zweiten Abend (9. August) gleitet das Velocipede aus, die Dame schlägt im Falle auf eins der straffen Leitseile, wird zurückprallend in weitem Bogen gegen einen eisernen Stuhl geschleudert, an welchem sie zu einer form- und leblosen Masse zerschellt. (Die Unglückliche wird näher berichtet, hatte einen Bruch des rechten Unterschenkels und Fußgelenks, des linken Unterarms und einen Bruch des Unterkiefers, sowie innere Verletzungen erlitten, so daß sie an innerer Verblutung gegen 9¹/₂ Uhr verstarb. Ihr Körper war mit solcher Gewalt auf einen Stuhl mit eisernem Untergerüst gefallen, daß sowohl der Stuhl als auch das Untergerüst vollständig zertrümmert wurde. Ein anderer ähnlicher Stuhl wurde durch die von der Verunglückten fest in den Händen gehaltene Balancierstange gleichfalls zertrümmert. Das Velocipede, welches sich von der Künstlerin während des Falles nicht getrennt hatte, trotzdem sie daran nicht befestigt war, zerstückte gleichfalls einen Tisch und einen Stuhl.) Gefühlsvolle Reporter schildern in den hiesigen Blättern die Enttäuschung des Publikums, welches unter diesen Umständen auf die Fortdauer des Concerts verzichtet habe

und heben die Aufforderung der Direction des „Neuen Hosiäers“ hervor, welche der Verunglückten ein „auskündiges“ Beizeugnis beifügen werde. — Handelte es sich um einen einzelnen Ausnahmefall, so wäre darüber kein Wort zu verlieren, aber diese sogenannten akrobatischen Leistungen sind seit einem Jahrzehnt und länger die öffentlichen Lieblingsspiele des Berliner und namentlich des „gebildeten“ Berliner. Unsere Kunstammlungen, unsere Museen, unsere Theater sehen leer; als vor einigen Wochen Herr Lewinski, einer der ersten deutschen Schauspieler, in dem populärsten Theater Berlins gastirte, erwarb er durch seine Thätigkeit etwa so viel, um die Hin- und Rückfahrt zwischen Hotel und Theater bezahlen zu können. Dagegen hat jeder „Künstler“, der die Courage hat, vierzig bis fünfzig Fuß über dem Erdboden am Seil oder Trapp zu „arbeiten“, Aussicht auf ungeheuren Erlös und Taschen voll Geld. Ist das nun auch nur um einen Grad nützlicher, schöner oder sittlicher, als die Gladiatorenkämpfe oder die Stierkämpfe? Im Gegentheil; hier wie dort kommt gar kein anderes Moment ins Spiel, als der „Genuß“, Witmenschen mit Tod und Teufel va banque spielen zu sehen. Ja alledem zeigt sich eine Verwilderung der Sitten, welche zu den ernstesten Sorgen Anlaß giebt. Zu verwundern ist es freilich nicht, wenn diese waffenstarrende Aera, deren Aesthetiker, Historiker und Philosophen à la Bischof, Treitschke und Passon den Reiz als den mächtigsten Culturebel dithyrambisch preisen, unaufhaltsam der allgemeinen Entartung entgegenreibt, aber welcher aufrichtige Volkstreuend mag dem ruhig zusehen, wenn die groß-volkstümliche sich mehr und mehr von allen irdischen Zielen losreißt?

So der Correspondent. Wenn er den jetzt herrschenden Militarismus und Chauvinismus als Grund dieser Verrohung bezeichnet, so ist das nicht ganz richtig. Ja dem durch und durch bürgerlichen England finden wir ähnliche Culturblüthen in Hülle und Fülle. Der Militarismus und Chauvinismus sind selber nur Produkte der allgemeinen Verrohung, die ihrerseits die nothwendige Frucht unserer allgemeinen gesellschaftlichen, bez. ökonomischen Verhältnisse ist.

— Rückgang. Der (liberale) Berliner „Börsencourier“ jammert:

„Wenn wir fünf Jahre, nachdem unsere Söhne und Brüder Frankreich niedergeworfen haben, Unshan in wirtschaftlichen Dingen halten, finden wir zwar eine bisher mit Ueberschüssen, freilich auf Kosten der Erhöhung aller direkten Steuern wirtschaftende Finanzverwaltung, aber auf allen Gebieten den vollen Boden oder den drohenden Ruin, finden wir feiernde Fabriken, ausgeblasene Hochöfen, unbefähigte oder doch ohne Augen: thätige Maschinenbauanstalten — kurzum den Rückgang auf allen Gebieten und einen erschrecklichen Rückgang der Erwerbsfähigkeit der Nation.“

Es ist eine traurige Wahrnehmung, aber eine unzweifelhaft richtige, daß dasselbe Frankreich, das vor fünf Jahren von unseren Armeen niedergeworfen wurde, heute sich einer wirtschaftlichen Blüthe erfreut, wie nur je zuvor, während Deutschland nicht eine bloße Krise durchzumachen hat, — denn diese würde ein schnelles Ende versprechen — sondern eine dauernde Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Position beklagt, daß das individuelle Glück der Franzosen weder durch die Niederlagen, noch durch die Opfer des Krieges gelitten hat, während trotz seiner Willkür, seiner leizigerischen Vorbeeren, seiner großen politischen Erfolge Deutschland ärmer ist als zuvor.“

Hoch Bismard! Freue dich Michel, „es hat sich Alles so herrlich erfüllt“ — was die Sozialdemokraten vorausgesagt.

— Wie die Nationalliberalen die Freiheit der Meinung achten und vernichten. Aus dem Spezialbureau des Reichskanzlers geht der „National-Zeitung“ die Abschrift eines Briefes zu, welchen Bismard laut des begleitenden Schreibens „wegen der Seitens verschiedener Zeitungen erfolgten Hereinziehung seiner Person in die Besprechungen über die Reichstagswahl in Pauenburg einzufordern sich bezogen gefühlt hat.“

Aus dem Bericht geht hervor, daß die Bismard'schen Beamten für den konservativen Kandidaten stimmten und wirkten, und daß die Nationalliberalen mit einer Brutalität nach dem Siege rangen, die ihresgleichen sucht. So heißt es in dem Bericht wörtlich: „Sie (die Partei der Nationalliberalen) schickte z. B. gedungene Leute, namentlich auf dem Lande umher, welche die mit dem Namen des Grafen beschriebenen Wahlzettel sammelten, zerreißen und auf öffentlichen Wegen und Straßen umherstreuen mußten, sie brachten die unwahren Gerüchte von den Abträgen und Handlungen des Grafen in Umlauf, welche nur allzuviel Glauben bei der Landbevölkerung fanden; es ist ferner das Personal der Berlin-Hamburger Bahn, bei Androhung der Dienstentlassung, gezwungen worden, für den Geh. Finanzrath Krieger zu stimmen.“

— Wie die Fortschrittspartei die soziale Frage löst. In den Schulz-Deilich'schen Genossenschaften giebt es Krach auf Krach. So bringt die „Volkszeitung“ aus Düsseldorf eine Mittheilung, deren Hoffnung man die Absicht möglicher Vertuschung ansieht. Sie schreibt:

„Die hiesige Gewerbebank hat ihre Zahlungen eingestellt. Aus den Verhandlungen, die vorgestern in dieser Angelegenheit stattfanden, ergab sich, daß das Unglück, welches über das Institut hereingebrochen, nicht durch die Grundzüge und Einrichtungen der genossenschaftlichen Gewerbebanken herbeigeführt ist, sondern lediglich an einer Person liegt, die sich, ob mit oder ohne Wissen des Verwaltungsraths, bleibt vorläufig dahin gestellt, auf unglückliche Speculationen verlegt hatte. Man war der Ansicht, daß die Bank unter allen Umständen, um größeren Unglück vorzubeugen, das besonders den hiesigen Handwerkerstand treffen würde, gehalten werden müsse und daß 200,000 Thlr. dazu ausreichten. — Die Thatsache der ZahlungsEinstellung beweist indes, daß es nicht gelungen ist, die Bank zu halten.“

Breslau, Magdeburg, Düsseldorf und viele andere Orte weisen immer dasselbe Schauspiel auf. Die Handwerker werden um ihre Ersparnisse betrogen. Die Schuld liegt „lediglich an einer Person“, in die man Alles Vertrauen gesetzt hat. Das „Prinzip“ der genossenschaftlichen Gewerbebanken wird natürlich immer gerechert, und die Gutmüthigen werden nicht alle!

— Bezüglich der aus München berichteten Soldatenquälerei bringt der „Zeitgeist“ die Nachricht, daß der Regimentskommandeur Veranlassung genommen habe, dem betreffenden Compagnie-Chef den Artikel des „Zeitgeist“ im Beisein der ganzen Compagnie vorzulesen. Von Interesse ist es übrigens, daß die gesammte sogenannte liberale Presse Münchens auch nicht mit einer Silbe des ganzen Vorfalles gedachte; die Schandfeier und der Kulturkampf lassen ihr eben nicht Zeit, sich mit dem Schicksale eines armen Soldaten zu beschäftigen. — Wird nun der Hauptmann bestraft werden oder wird er mit dem geliebten „Bischof“, von dem der „Zeitgeist“ spricht, davon kommen?

Innere Partei-Angelegenheiten.

Zu Agenten des Vorstandes wurden ferner ernannt für Bernburg: C. Bopel; Bielefeld: J. Zwiener, Börmann; Bodenheim: S. Müller, D. Goll; Erndorf: A. Kleppel; Oelenau: F. A. Reuter, R. Hofmann; Götting: J. Raschke, F. Hippel; Grohn: W. Hille, E. Duttge; Habersleben: J. Soos; Heilbrunn: S. Rittler, E. Schöler; Henssfamm: J. Ohlig, E. Wimmer; Köpchenbroda: J. N. E. Lehmann; Krempe: E. von Thun; P. Plog; Liegnitz: H. Prasser, H. Conrad; Leifersdorf: H. Weber; C. Kurich; Malente: J. H. Wiese; Meiningen: J. G. Süth, S. Rosi; Nordhausen: S. Roschmieder, F. G. Lorenz; Speyer: D. Ulrich; J. Ruppel; Solingen: J. Rahl, E. Schwarz; Werden: F. Kempe; Worms: S. Jäger, J. Oswald.

Wir bitten, bei neuen Anmeldungen die genauen Adressen beider Agenten (beim Sekretariat) anzugeben.

Hamburg, 16. August 1875.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.:

A. Geib, E. Derossi, große Rosenstraße 36, II.

Gewerksgenossenschaftliches.

Deutscher Bäckerverein.

Berlin, 10. August. Gelegentlich meiner Agitationsreise für den deutschen Bäckerverein bildeten sich Mitgliedschaften desselben in Danzig, Thorn und Bromberg. Dieselben berechnen zu guten Erwartungen, hauptsächlich in Danzig. In Königsberg i. Pr., Braunsberg und Elbing wurde der Beschluß gefaßt, am nächsten Freitag (Ausgabe) Einzeichnungen für den Verein vorzunehmen. Die ganze Reise berechnen zu der Hoffnung, daß nunmehr der Verein einen kräftigen Aufschwung nehmen wird; wenigstens habe ich überall Kollegen gefunden, welche Verständnis für die gemeinsame Sache haben und auch entschlossen sind, für unser Recht einzutreten. Auch hörte ich oft die Aeußerung, daß die Kollegen sich freuen, daß die Sache endlich am rechten Ende angefaßt würde. Hierdurch ermutigt, werde ich wahrscheinlich in nächster Zeit Brandenburg, Magdeburg, Hannover, Bremen, Hamburg, Lübeck etc. bereisen, damit wir bald den anderen Gewerkschaften ebenbürtig zur Seite stehen.

Mit Gruß und Handschlag

Ernst Pfeiffer, Burgstraße 6.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar.)

Dresden, 11. August. Der Vertrauensmann der Großenhainer Genossen wird dringend gebeten, seine Adresse an Unterzeichneten schleunigst einzusenden, da dringende Sachen vorliegen, welche wir den Großenhainer Genossen übersenden wollten, aber in Folge der Unkenntnis irgend welcher Adresse dieses zu ihm Abstand nehmen mußten. Meinem letzten Wunsche bez. der Einsendung der Adressen ist nicht eine einzige Mitgliedschaft gefolgt, ein neuer Beweis von der glänzenden Organisation. Mit Gruß

R. B. Sauer, prov. Bevollmächtigter.

Deutscher Zimmerer-Verein.

Berlin, 16. August. In der Nummer 92 des „Volkstaat“ vom 13. d. M. befindet sich ein Aufsatz des „Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes“, unterzeichnet von H. Schöning, in welchem sich viel Unrichtiges befindet. Es heißt da u. A.: „Es wurde vorausgesetzt, daß mit dem „Deutschen Zimmerer-Verein“ ebenfalls eine Vereinigung stattfinden würde, da dieses unterblieben ist, so wird seitens der Verwaltung den Zimmerern, welche Mitglieder der Gewerkschaft sind, empfohlen, sich dem „Deutschen Zimmerer-Verein“ anzuschließen, aber gezwungen wird dazu Niemand, sondern wer beim „Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbund“ bleiben will (!!) der bleibe, Niemand (!) wird ihm etwas in den Weg legen.“

Zunächst sei constatirt, daß von einer „unterbliebenen“ Einigung hier wohl nicht die Rede sein kann; die Vertreter des „Deutschen Zimmerer-Vereins“ haben zweimal ihre Verhandlungen vertagt, und nach den Vertretern der früheren „Gewerkschaft der Maurer- und Zimmerer“ gefandt, aber Niemand ist erschienen, sondern die Vertreter der Maurer- und Zimmerer haben nur mit den Maurern getagt! Vielleicht nur darum, weil alle, außer einem Delegirten, Maurer waren. Womit und worin also eine andere Einigung hätte erzielt werden sollen als eben von den anwesenden Vertretern des Vereins erzielt worden ist, ist uns nicht klar.

Wenn man vielleicht darum schmolzt und sich zuthält, weil der Zimmerer-Verein nicht das Krankenkassenwesen ebenso eingerichtet hat, wie es bei der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer war, so hätte man das durch die Delegirten in Hamburg beantragen sollen, aber auch dieses geschah nicht, und nachher spricht man, eine Einigung wäre nicht zu Stande gekommen! Was nun das Bleiben beim „Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbund“ für die Zimmerleute betrifft, so ist das wohl nicht richtig, und müßte wohl heißen: „beitreten“, denn unseres Wissens gab es bis dato kein Maurerbund noch keine Zimmerleute, oder die Delegirten der Generalversammlung, die in Person — außer Einem — alle Maurer waren, müssen wohl auch die Zimmerleute mit Sach und Pack in den Maurerbund hereingebracht haben.

Wir begreifen nicht, wie man so handeln kann! In einem Ahem löst man aus „Zweckmäßigkeit“ eine Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft auf, und gleich nachher gestattet man oder legt Niemandem von den Zimmerern etwas in den Weg, dem Maurerbund beizutreten.

Mit demselben Recht können die Zimmerer Maurer aufnehmen, — was jedoch, wenn Frieden unter einander herrschen soll, von uns niemals geschehen wird — und was würde daraus entstehen? Ein fortwährendes Concurrenzspiel, welches die alte Uneinigkeit in schönster Blüthe wäre.

Sollte man jedoch zur Entschuldigun die Krankenkassen des Maurerbundes, die derselbe erst jetzt angenommen hat, anführen, so ist das kein Grund, sich einer Vereinigung fernzuhalten. Wenn man von guten Krankenkassen sprechen will, so ist diese im Maurerbund vielleicht ganz gut, aber entspricht nicht dem Grundprinzip einer sozialistischen Gewerkschaftsverbundung. Wir wollen also hoffen, daß unsere Kollegen, die Maurer, gemeinsam mit uns in der Beförderung jeder einzelnen Verbindung vorwärts streben werden.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Für den Vorstand des Vereins:

August Kapell, Secretär, Waldemarstraße 56.

Verein der Sattler und Vernfgenossen.

Hamburg, 15. August. Es ist bereits ein Viertel Jahr verfloßen, seitdem die Generalversammlung tagte, und dennoch liegen bis heute noch keine Protolle den Mitgliedern vor. Die Mit-

gliedschaft Hamburg stellt nun die Frage an den Vorstand, woran es liegt, daß dieselben noch nicht richtig gestellt sind. Bei einer solchen Verschleppung wird der Zweck derselben ganz hinfällig. Die Generalversammlung kommt nachgerade in Vergessenheit, und somit verlieren auch die Protolle derselben an Interesse. Die Mitgliedschaft Hamburg hält es daher für gerathen, das Protoll nicht drucken zu lassen, falls dasselbe noch nicht fertiggestellt ist. Die unterzeichneten Delegirten sind von der Mitgliedschaft Hamburg beauftragt, dieses zu veröffentlichen.

Ferd. Schulz, Hamburg.

Hinze, Braunschweig.

Leipzig, 16. August. Werthe Kollegen! Durch viele reisende Vereinsmitglieder habe ich in Erfahrung gebracht, daß der Arbeitsnachweis in verschiedenen Mitgliedschaften auf Aeußerste vernachlässigt ist, und zwar derart, daß viele reisende Kollegen, die nach Arbeit fragten, von dem Vertrauensmann weggeschickt wurden, trotzdem Arbeit angefragt war; durch solches Verhalten wird die Vereinsangelegenheit und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß sich die Kollegen in Zukunft mehr um die allgemeine Sache kümmern werden, als dies bisher geschehen ist. Man könnte überhaupt erwarten, daß nach dem Congreß in den verschiedenen Mitgliedschaften eine größere Thätigkeit einsetzt werden würde. Gerade jetzt, in der Zeit der Geschäftsreise, ist es unsere heiligste Pflicht, Alles anzubieten, um nicht nur einen „Rückgang“ zu verhüten, sondern die Einigung zu fördern; namentlich müssen wir bei Eintritt des guten Geschäftsganges stärker als je dassehen, um das uns Abgerungene wieder zu erobern. Namentlich muß dahin gearbeitet werden, daß die bis jetzt unserm Verein fernstehenden in unsere Reihen eintreten, damit uns der Kampf nicht schwer gemacht wird.

Den Kollegen diene noch zur Nachricht, daß unser Arbeitsnachweis und die Herberge sich seit dem 1. August Kleine Windmühlenstraße 16 befindet, und erlaube ich die Vertrauensmänner, dieses in den Versammlungen bekannt zu machen.

Mit collegialischem Gruß

Moriz Teubner, Vertrauensmann, Tauscherstr. 20, 3 Tr.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Von dem Vorsitzenden der Schiffszimmerer in Glasgow, Herrn Alexander Willie, erhalte ich die Nachricht, daß die Schiffszimmerer in England, Schottland und Irland in der nächsten Zeit Vereinbarungen treffen werden, um sich in einem Verein zu verbinden. Ueber die jetzigen Lohnverhältnisse der Schiffszimmerer in Großbritannien werden mir folgende Resultate mitgetheilt: London: Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 5 Uhr, Tagelohn nach hiesigem Gelde Rmk. 8,73. Liverpool: Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 5 Uhr (9 Arbeitsstunden), Tagelohn Rmk. 6,79. Irland: Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 5 Uhr, Tagelohn Rmk. 6 und 6,30. Glasgow (Schottland): Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 5 Uhr, Tagelohn Rmk. 5,34.

Der Strike in Glasgow auf der Werft Napier dauert fort. Herr Willie schreibt, daß die Löhne der Schiffszimmerer zu niedrig seien, nur als Mensch existiren zu können, und fragt nun an, wie es hier mit unsern Lohnverhältnissen aussehe. Ich habe Herrn Willie daher das genaue Resultat unserer Löhne mitgetheilt, unsere englischen Kollegen werden sich aber wundern, daß wir hier noch Dete haben, wie z. B. Rostock, wo der Lohn von Morgens 6 Uhr bis Abends 7 Uhr nur Rmk. 3 pro Tag beträgt.

Mit sozialdemokratischem Gruß

H. Groß.

Correspondenzen.

Lindenu bei Leipzig, 7. Aug. (Fortf. aus voriger Nummer.) Wer sieht hier, fragen wir, am Schandpfahl? Das Höchste, was Gemeinheit und Niedrigkeit geleistet hat, findet sich in einem Büchlein niedergelegt, das auch während der Carnivalstage circulierte. Es heißt: „Ein Gedächtnis. Humoreske von D. E. M. H. Intern (lies: von dem H—intern). Mit der Grmtheit des Titels correspondirt die des Inhalts. Der Cynismus feiert darin seine Orgien. Einige Citate mögen genügen:

„Du traust ins Heer, des Jünglingskräfte

Sie wurden bald im Kampf erprobt.

Ich nahm am schweren Kriegsgeschäfte

Stets Theil, doch ward ich nie belobt.

Hurrah! die herrlichen Ulanen,

Auf meiner Waffe flozen sie

Dahin, es deutsch und schnell zu ahnden,

Als über'm Rhein der Frevler schrie;

Auch alle andren deutschen Krieger

Benutzten meine Hülfe weif,

Und gaben mich als stolze Sieger

Den wälschen Feinden niemals preis!

Wir zogen heim, mich unterdrückten

Beim Heimzug die Gefährten schwer,

Ich sah nichts von den festgeschmückten

Ruhmäulchen für das Siegesheer;

An allen Orten Siegesjubel,

Die Jungfrau wirft den Ehrenkranz

Mir nicht — im lauten Freudentrübel

Bergißt man mich aus Ignoranz.“

Hier wirft der Nationalliberalismus seine Öbgenbilder selbst mit Roth und das Volk, das sich mit Ekel abwendet, bezieht er mit der Heuchlermiene des Tartüffe der sittlichen „Rohheit und Verrottung“. Referent riß ihm in jener Versammlung die Heuchlermaske ab. Der Beifall der Versammlung lehrte ihn, daß er nicht tanben Ohren gepredigt, und die nachstehende Resolution, die einstimmig Annahme fand, zeigt, daß der Erkenntniß auch nicht die That fehlen wird, daß die Macht der Sozialdemokratie in dem Volke von Lindenu und Plagwitz und mit ihr die Macht der Gestirnung und wahrer Bildung wächst. Die Versammlung erklärt, daß die in Nr 28 des „Lindenu-Plagwitzer Wochenblattes“ enthaltenen Behauptungen, bez. des Bränner Strikes sowohl, als bez. des Lindenu-Plagwitzer Wochenblattes“ enthaltenen Beschuldigungen der Verrottung und Rohheit, soweit sie der Sozialdemokratie unterworfen werden sollten, vom Referenten als unwahr erwiesen worden sind.

Sie nimmt das Stillschweigen der Gegner als Beweis entgegen, daß sie unfähig sind, die ausgesprochenen Verdächtigungen zu beweisen und aufrecht zu erhalten.

Wainz, 7. August. (Haltet Euch vor den Wölfen im Schafpelz.) Die Nummer 8 des „Wester“ zeigte uns Herrn Schuhfabrikanten Wolf aus Mainz auf der Agitation für Ausbreitung seines Geschäftes. Dieser Wolf — wohl selten hat ein Name so genau den Eigenschaften seines Trägers entsprochen — ist für unsere Branche was der bekannte Krupp in Essen für die

Metallgießerei und Rothschild für das Bankwesen. Die auswärtigen Kollegen werden es daher ganz wohl angebracht finden, wenn diesem braven Manne, nämlich dem Herrn Wolf in Mainz, einmal die ganz besondere Kasirksamkeit unseres Gewerkschaftsorgans geschenkt wird.

Die neue Organisation der Wolffschen Schuhwaarenfabrik in Mainz ist in der That von der größten Wichtigkeit für die sämtlichen Schuhmacher Deutschlands. Wolf sucht überall, wo es ihm gelegen, Filialen zu seinem Hauptgeschäft in Mainz zu errichten und verfolgt dabei den doppelten Zweck, einmal durch Vergrößerung des Geschäfts überhaupt einen bedeutenderen Absatz zu bewirken und seine Concurrenten völlig zu vernichten, zum andern aber „seiner“ Arbeiter zu den verschiedenen Plätzen zur Concurrenz unter sich zu zwingen und so ein Sinken der Arbeitslöhne zu bewerkstelligen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Herr Wolf, wenn ihm diese Machinationen glücken, wieder einen bedeutenden Gewinn erzielen wird und zwar werden sich dann seine Taschen in demselben Maße füllen, als diejeniger „seiner“ Arbeiter — im Ganzen genommen — sich leeren werden. Die Filialen, die er in Sachsen etc. hat, wo sehr billig gearbeitet wird, sollen ihm dazu dienen, die Löhne der Mainzer Schuhmacher zu drücken. Sind diese gesunken, so drückt er die auswärtigen Löhne nieder und so dreht er wechselseitig an diesem Schraubstock weiter.

Herr Wolf hat diesen Lohnherabsetzungs-Schraubstock natürlich zuerst in Mainz selbst dreht. In Folge der Geschäftsnotwendigkeit waren nämlich, wie überall, auch bei Herrn Wolf die Löhne herabgesetzt worden. Damals ließ man sich dies gefallen. Jetzt aber geht das Geschäft flott; Wolf kann die Bestellungen, die er erhält, kaum effectuiren und sucht deshalb stets neue Arbeitskräfte. Was war natürlicher und berechtigter, als daß die Mainzer Schuhmacher den früheren Lohn wieder verlangten und auf Aufhebung der Lohnreduction drangen? Aber davon wollte Herr Wolf nichts wissen. Die hiesige Schuhmachergewerkschaft sperre ihm nun den Zugang ab und Herr Wolf, der unter jeder Bedingung Arbeiter brauchte, aber auch den Lohn nicht erhöhen wollte, setzte darauf eine „Prämie“ aus, welche, wie ein Kollege sich dräuisch ausdrückte, weiter nichts ist, als eine Substanz, womit die lebendige Maschine — der Arbeiter — eingeschmiert wird, damit sie schneller läuft. Wer nämlich monatlich vierzig Paar Schuhe auffertigt, bekommt pro Paar 7 Kreuzer — das ist die „Prämie“. Zwei Drittel bekommen sie nicht, da sie dies gewaltige Arbeitsquantum, nicht liefern können. Ähnlich macht es beiläufig der zweite Wolf der sich Herz nennt und eine Prämie von 10 Pfennige pro Monat am Paar ausgesetzt hat. Der Zweck dieser Prämie ist klar; der Schuhmacher soll zu rastloser Arbeit angetrieben und noch mehr abgeradert werden, als bisher.

Eine Commission der Gewerkschaft verlangte von Wolf Abstellung dieses Prämien Unwesens. Er verweigerte sie, sowie er die Forderung, den Lohn gleich zu bezahlen, abschlägig beschied.

Die Mainzer Gewerkschaft hat nun den Kampf mit diesem Ausbeuter aufgenommen und wird ihn mit ihm führen bis zur Vernichtung. Wolf hat in der Gewerkschaft seinen Todfeind erkannt und sucht sie natürlich zu meucheln, wie er kann. Die Schuhmacher Deutschlands müssen deshalb den Mainzer Kollegen zur Seite stehen und das Hintertreffen bilden in diesem Kampf. Nur dann kann es uns hier gelingen, dem Wolf das Gebiß stumpf zu machen. So lange wir hier mit dem Wolf im Kampfe liegen, muß Mainz von den Kollegen gemieden werden, als ob die Pestilenz drin grassirte.

Man glaube nicht, daß wir aus übertriebener Kenglichkeit diesen Raf an die Kollegen ergehen lassen. Wolf ist ein gefährlicher, ein furchtbarer Feind. Wie er die Produktionsweise revolutionirt und den Einzelbetrieb des Geschäftes vernichtet, zeigt am besten seine Maschine, auf welcher Absätze gepreßt werden. Diese Mi-trailleuse, mit welcher er die sämtlichen sächsischen Fabrikanten erschrecken will, fabriziert mit 24 Mann so viel, als fast 100 Personen zu Stande brachten. So zieht er den Löwenantheil der gesamten Schuhwaarenproduktion in Mainz an sich und hat den größten Theil der Kleinmeister schon verschlungen.

Zunächst wollte Wolf in Wiesbaden eine Filiale von 150 Mann errichten — wahrscheinlich um sie dort die „Kur“ gebrauchen zu lassen — versprach Arbeit „auf ewig“ (!!) und 1 fl. für ein Paar Stiefel (gewerbete Arbeit). Aber er zog aus Versehen den Vorsitzenden der Wiesbadener Gewerkschaft mit hinzu und so scheiterte das „schöne Unternehmen“, bestimmt, die Wiesbadener Kollegen in den Concurrenzkampf mit uns zu treiben.

Möge das Beispiel der Wiesbadener Kollegen überall Nachahmung finden. Wolf ist Millionär und arbeitet mit all den wichtigen Hülfsmitteln des Kapitals an unserer Unterdrückung. Sein Arm reicht weiter und droht, einen großen Theil der deutschen Schuhmacher in einen Concurrenzkampf zu jagen, der mit der unerhörtesten Ausbeutung endigen kann.

Wir müssen ihm geschlossen gegenüber stehen. Darum, Kollegen, wo der Wolf auf „Agitation“ erscheint und Filialen gründen will, macht seine Pläne und Anstrengungen zu Nichts! Halte den Zugang von Mainz ab! Was wir hier erreichen, kommt Euch Allen zu gut.

Seht Euch vor, Ihr deutschen Schuhmacher, damit Ihr nicht die Lämmer dieses Wolfs werdet!

Potsdam. An die Abonnenten der Parteiblätter sowie an alle Parteigenossen von Potsdam richte ich die Aufforderung, sich Sonntag, den 22. August Vormittags 10 Uhr im Gartenlokale des Herrn Wolf, Zimmerstraße 2 zu einer Besprechung einzufinden. Zweck derselben ist, die einheitliche Organisation der Colportage von Parteiblättern und sozialistischen Broschüren.

Mit sozialdemokratischem Gruß

F. Haburg.

Frankfurt a. M., 16. August. Parteigenossen, welche Unterstützung an Redakturen wünschen, mögen sich an untenstehende Adresse wenden.

Karl Bhsen, Langestraße 13.

Amberg, 10. Aug. Auf gestern war hier wieder eine Volksversammlung anberaumt, auf deren Tagesordnung „Das bayerische Verfassungs- und Vereinsgesetz und die Amberger Polizei“ stand. Diese Versammlung war natürlich dem Herrn Bürgermeister König sehr unangenehm; das ihm nahesteheude nationalliberale „Amberger Tageblatt“ brachte am Tage der Versammlung einen Artikel, der mit folgenden Worten schließt: „Wie wir vernehmen, sind die polizeilichen Organe weder gewillt sich einschüchtern zu lassen, noch an diesem Plage sich als Gegenstand einer hämischen Kritik herabzugeben, und dürfte der beabsichtigte Scandal möglicherweise Folgen haben, die den Veranlassern höchst unangenehm werden könnten. Das Geschrei gegen den Militarismus allein beseitigt die Bayonette noch nicht.“ Doch der gestrenge Bürgermeister begnügte sich nicht allein mit dieser gedruckten Verwarnung, er ließ den Einkerker der Versammlung

*) Die Redaktionen sämtlicher Arbeiterblätter, namentlich aber des „Volkstaat“ und „Neuen Sozialdemocrat“, werden um Abdruck dieses Artikels ersucht. Die Red. des „Wester.“

holen und eröffnete ihm, daß das Militär an dem Abende der Versammlung aufgeboten sei, und wenn nur das Geringste in der Versammlung vorkomme, sogleich 50 Mann bereit sein einzuschreiten. Doch der Herr Bürgermeister hatte noch nicht genug damit. Er ließ auch die Frau des Gastwirths rufen, in dessen Lokal die Versammlung stattfinden sollte und erklärte ihr, daß er zwar nicht verbieten könne, daß sie ihren Saal den Sozialdemokraten überlasse, daß er sie aber darauf aufmerksam machen müsse, daß das ganze Militär aufgeboten sei, welches, wenn der geringste Scandal vorkomme, mit dem Bayonette einschreiten werde. Der bürgermeisterliche Sermon schloß mit den Worten: „Sagen Sie Ihrem Mann, daß er, wenn sein Haus dabei demolirt wird, auf Schutz des Gesetzes dann keinen Anspruch hat.“ Als nun der für diese Versammlung bestimmte Referent, Löwenstein, am Tage der Versammlung nach Amberg kam und sah, daß die Amberger Polizei durch derartige Aeußerungen nur die Arbeiterbevölkerung reizen wollte, sandte er sofort einen ausführlichen telegraphischen Bericht an die Kreisregierung der Oberpfalz, und schloß das Telegramm mit der Bemerkung: „daß, wie er gewillt und verpflichtet sei, das Gesetz und die Ordnung in der am Abend stattfindenden Versammlung aufrecht zu erhalten und dafür Sorge tragen werde, daß in der Versammlung selbst kein Scandal hervorgerufen werde, er auch erwarte, daß die Amberger Polizei keinen Scandal provoziren, event. selbst begehen werde.“ Es scheint doch, daß die Kreisregierung dem Herrn Bürgermeister telegraphisch die Weisung gegeben hat, weitere Provoeationen zu unterlassen, denn die äußerst zahlreich besuchte Versammlung verlief, ohne vom Polizeicommissar beanstandet zu werden. Dagegen sah sich Löwenstein veranlaßt zu erklären, daß er wegen Verletzung des Vereinsgesetzes Beschwerde erheben werde. Nach Art. 7 des Gesetzes ist nämlich die Polizeibehörde befugt, zu Versammlungen 1 oder 2 Abgeordnete zu senden. Da nun in der Versammlung 1 Polizeioffizier und 3 bewaffnete Polizeisoldaten sich in der Nähe des Bureautisches aufplanzten, machte der Vorsitzende auf obigen Paragrafen — natürlich vergeblich — aufmerksam, indem er gleichzeitig bemerkte, daß die Anwesenheit von Bewaffneten — mit Ausnahme von 2 Abgeordneten der Polizei — in Versammlungen gesetzlich unstatthaft sei.

Kopenhagen, 6. August. In meinem Schreiben vom 20. v. M. berührte ich die Humanität unserer ordnungsstaatlichen Polizei, die uns Sozialisten anklagen wollte, weil wir durch Abhaltung der großen Arbeiterversammlung am Sonnabend, den 18. Juli die Bestimmungen einer alten Feiertagsordnung übertreten hätten. Und richtig! das Unglaubliche geschah; unser Lesendorf, alias Erone, der wieder kürzlich für seine Staatskrettere zwei ordnungsstaatliche Orden erhalten hat, legte unser gutes Grundgesetz ad acta und klagte uns an als „Sonn- und Feiertagsverbrecher“ — hu, wie schaurig — aber schaurig genug, nicht bei den allgemeinen Gerichten, sondern beim öffentlichen Polizeigericht, brüßlich gesagt, das einzige Gericht hier im Lande, wo Dessenlichkeit herrscht, und wo man nur Schenkwinde, die die Feiertagsstunden vergessen, Drohkentischer und dergleichen Leute für geringe Unordnung mit Geldbuße belegt. An demselben Tage, an dem unser liebenswürdiger Polizeidirektor diese Sozialistenfreserei vorwahr, reiste er übrigens nach einem norwegischen Seebadeorte, wahrscheinlich um seine Stunden abzuwaschen. — Drei-mal binnen 8 Tagen waren wir auf dem Gericht, welches wir als nicht kompetent anerkannten. Unser Einwand wurde als wirklich gerechtfertigt anerkannt, denn gestern erklärte der Richter, daß nun die Sache nach unserem Wunsch an die allgemeinen Gerichte verwiesen sei, es ist also zu hoffen, daß diese für alle Staatsbürger wichtige Prinzipienfrage alle Instanzen durchläuft und ein Präzedenz für künftige Fälle abgeben wird. Davon später, wenn die Sache geschlossen ist. — Unsere beiden großen Ciriles, — Cigarrenarbeiter und Schiffszimmerer — sind noch im vollen Gange; ich warne deshalb im Namen der Arbeiterpartei vor Zugung und bringe unsern Dank für die aus Deutschland reichlich eingekommenen Gaben. Unser Hauptführer Pio ist jetzt vollkommen wieder hergestellt und hat die Leitung des Blattes und der Partei übernommen, zum entscheidlichen Aerger unserer „patriotischen“ Presse und aller Ordnungsbandiden. Apropos! Was mich und einige andre alte deutsche Demokraten viel amüßigt, sind die trefflichen Schilderungen, die sowohl in ihrem geachteten Organ, als auch im „Neuen Sozialdemokrat“ von „unserem“ Braun und dem „rothen Becker“ zu lesen sind. Wie sich doch die Zeiten ändern: diese beiden Reits waren 1848 so roth, daß schwachköpfige Naturen Krämpfe bekamen bei Nennung ihres Namens; aber man sieht, es bezahlt sich, die Farbe zu wechseln und den Mantel nach dem Winde zu drehen. Ob wohl meine alten Kassaner stolz sein mögen auf ihren früheren Demokraten jegigen Bidmarder reinsten Wasser, Braun? Ob der Kölner Dom nicht schamroth wird, wenn der Herr Oberbürgermeister, ei-dovant Kommunist, Becker vorübergeht? Doch warum sich aufhalten über solche Bedientenseelen? Vorwärts, Arbeiter, zum Kampf für unser gutes Recht! Das sei unsere Loosung für alle Länder! Mit sozialdemokratischem Gruß
E. W. Klein.

An die Parteigenossen von Rheinland und Westfalen!
Die Bergleute von Gelsenkirchen und Umgegend beabsichtigen am 29. v. Mts. ein Bergarbeiter-Verbrüderungsfest zu begreifen, und ist das unterzeichnete Comité betraut worden, dasselbe zu veranstalten. Wir sehen und daher veranlaßt, an Euch die dringende Mahnung ergehen zu lassen, daß Ihr Euch Alle, soweit es möglich, uns anschließt. Ihr Alle wisst es bereits, welchem Kampf wir entgegen zu steuern beabsichtigen und welche schweren Gefahren uns drohen: einen Kampf ums Dasein, den unsere gefährdete Existenz gebieterisch von uns fordert. Es liegt daher an Euch, die Bataillone zu verstärken, welche zum Bewußtsein dessen gekommen, wo und warum den Arbeiter der Schatz brüht und gegen jedes Ausbeutungssystem einzutreten. Schließt Euch deshalb diesem Verbrüderungsfeste an, damit es auch wirklich ein feierliches werde, damit unsere Feinde die Ueberzeugung gewinnen, daß wir den Muth haben, die Brüderlichkeit vorwärts zu wagen, daß heller und heller der Mann der Arbeit sein unumstößliches, wenn auch bestrittenes und verkümmertes Recht erkennt, daß klarer und klarer Ziel und Mittel sich in seinem Geiste gestalten. Laßt uns den noch träumenden Brüdern voraneilen; laßt uns zeigen, daß der schlafende Riese „Proletariat“ aufgewacht ist, daß er die Ketten, die ihn belasten, zerbrechen will. Freunde und Bekannte, wo Ihr auch weilen möget, bedenket, daß auch dieses Fest der großen und gemeinsamen Sache, die wir anstreben, zu Gute kommt. Eure Parteigenossen von Gelsenkirchen haben dieses Fest veranstaltet, um Euch die Hand zu reichen. Wohlan denn, so schlaget auch Ihr ein in die schmelzigen Hänfte, damit der Bänderbund zur That werde, damit der mächtige Strom des gemeinsamen Strebens stolz dahinwalle über alle Klippen des Sondergeistes und egoistischer Zwecke. Wir sind zwar ausgelegt dem Hasse, der Bos-

heit und der Verleumdung — doch laßt uns offen bekennen, daß unsere Sache eine ehrenvolle ist trotz dem Reide.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß und kameradschaftlichem Glückwunsch

Das Festcomité.
NB. Das Fest beginnt am 29. August, Morgens 11 Uhr, im Lokale des Herrn Heinr. Höfener zu Uedendorf bei Gelsenkirchen. Näheres wird durch Inserate in den Parteiblättern bekannt gemacht.

An die Tapezierer Deutschlands!
F. Kollegen! Schon wiederholt haben wir Euch in diesem Blatte auf den am 29. August d. J. in Leipzig tagenden Congress aufmerksam gemacht, und zu unserer Freude können wir constatiren, daß unser Unternehmen, einen deutschen Tapezierer-Verband ins Leben zu rufen, im Kreise unserer Kollegen sehr günstige Aufnahme gefunden. Es haben sich bereits die Kollegen in 20 Städten dem Projekte anzuschließen bereit erklärt und größtentheils schon Delegationen gewählt oder ihr Mandat an Delegirte anderer Orte übertragen; es ist somit an dem Gelingen unseres Unternehmens nicht mehr zu zweifeln. Das Comité hat nun folgende Bestimmungen getroffen: Am 28. August, Abends halb 9 Uhr Begrüßung der Delegirten und öffentliche Tapezierer-Versammlung im Congress-Lokale, Ransstädter-Steinweg Nr. 74, Gasthaus „Goldene Lanze“. Am 29. August, Vormittags 11 Uhr, Eröffnung des Congresses. Für denselben sind 3 Tage, der 29., 30. und 31. August, festgesetzt. Tagesordnung: 1) Mandatprüfung, 2) Feststellung der Geschäfts-Ordnung, 3) Bericht des Congress-Comités und allgemeine Diskussion, 4) Statutenberathung, 5) Feststellung aller auf Grund des Statuts hervorgegangener Bestimmungen, 6) Wahlen, des Vorsitzenden, Vororts, Verbandsorgans u. s. w., 7) Allgemeines.
Da wir immerhin noch von einer bedeutenden Anzahl Städte nicht die geringste Nachricht erhalten haben, fordern wir dieselben nochmals auf, den Congress zu beschicken und sich vorher mit uns in Verbindung zu setzen. Nun, Kollegen allerorts! Laßt Euch nicht durch allerhand Borntheile heizen und zurückhalten, sondern nehmet Theil an der gemeinsamen Arbeit, denn nur, wenn wir Alle unsere Ansichten, mögen dieselben auch noch so verschieden sein, austauschen, wird es uns gelingen, eine Organisation zu schaffen, welche den Anforderungen aller Kollegen entspricht. Also auf zu dem am 29. August in Leipzig stattfindenden Congress!
Alle Briefe sind an Herrn E. Schuboth, Neuestr. Nr. 14, Hannover, zu senden.
Das Comité zur Einberufung des ersten deutschen Tapezierer-Congresses.
J. A.: Fr. Kaufmann.

Hannover, 15. August 1875.
NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, hieron Notiz zu nehmen.
Briefkasten
der Redaktion: S. in Subl: Wir werden die Antwort in einer der nächsten Rev. bringen, wir sind aber doch der Ansicht, daß Sie weit eher in der Lage sind, den Artikel zu schreiben als wir, da uns die dortigen Verhältnisse nicht bekannt sind. — An das Comité der Bergarbeiter Dortmund: Weder Redaktion noch Expedition haben Sammelbogen erhalten. — V. Tost. Berlin: Ein Buchbinderverein existirt, wir können aber nicht die Adresse. Die Betr. sollen sich an den Londoner Arbeiterbildungsver. (deutsche Sektion der J. A. A.) wenden, 38 Marshall Square, West. — Fr. in München: Es handelt sich um den Schluß des ersten Aufsatzes; die beiden folgenden Aufsätze sind in unserm Händen.
der Expedition: Hlth Chemnitz: Die fehlenden Schriften folgen, sobald auf Lager. Wir haben solche bezümmet wie auf E. A. angegeben. — Ktr: Siehen: Die B. St. kosten 1,50. — Lippmann Potsdam: Die verlangten Rev. des „B. St.“-Ergäuser kosten incl. Krabbspoto 50 Pf., welchen Betrag Sie in Briefmarken einfinden wollen. Die dortige Abonnentenzahl ist bei der Stadtpost 1, bei der Bahnhofspost zehn. — Ernst All Ologan: Wir haben die nöthigen Schritte zur Abhilfe bei hiesiger Postdirektion gethan, wenn Sie nunmehr noch das Blatt unregelmäßig oder gar nicht erhalten, bitten wir um Nachricht; die fehlenden Nummern erhalten Sie per Kreuzband von uns.
Quittung
der Expedition: S. Franmann Daidburg Ab. 18,00. Schr. 3,08. Appl Leipzig Ab. 0,70. J. Endes Augsburg Schr. 48,00. S. Langdt Barmen Schr. 5,28. Hbn Urge Schr. 0,95. J. Rührer Magdeburg Ab. 3,50. Maurer u. Zimmerer. Leipzig Ann. 0,50. W. Rne Altona Ann. 0,90. Schneiderver. Hamburg Ann. 1,40. E. S. Kottm. Hamburg Ann. 14,60. Th. Spier Willan Schr. 1,60. Mür vier Schr. 13,95. Schneiderver. vier Ann. 4,30. Sämmtl. Gewerksch. hier Ann. 0,80. Wt hier Schr. 0,90. E. Schr. Hlth Schr. 1,80. M. Hrcann Dubica Ab. 7,30. Mannst. Arb. Nowawes Ann. 0,50. Pichn Friedrichstadt Schr. 1,10. A. Wts Berlin Ann. 1,50. G. Srichs Eln Schr. 24,00. Hachver. der Schwm. Eln Ann. 0,80. W. Part. des. Ann. 2,60. Hachver. d. Tischler Eln Ann. 2,00. Beer Deyh Ann. 2,50. Grz Hamburg Schr. 3,60. Hlthr Magdeburg Ab. 1,60. Arb.-Bild.-Ver. Steur Ab. 3,65. S. Hlthr Lemberg Ab. 3,60. F. Hrimm Berlin Ann. 6,00. J. Sune Möding Ab. 2,20.

Augsburg Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.
Samstag, den 21. August, Abends 8 Uhr:
Öffentliche Sozialistenversammlung
bei Bierbrauer Lindner, früher Blosfeld.
L. O.: Parteianglegenheiten. J. A.: A. Hohenreiner. [60]

Augsburg Literarischer Verein.
Vom Beschluß der Generalversammlung vom 15. August ist der Verein aufgelöst und haben die Mitglieder am Sonntag, den 22. und Sonntag, den 29. August, jedesmal von Vormittags 10 bis 12 Uhr bei dem bisherigen 2. Vorstande Friedrich Hörauf, Nr. 8. Nr. 82 an der Jakob-Mauer, ihre eingezahlten Beiträge in Empfang zu nehmen.
Die Unterschrift erucht hiermit die Betheiligten, ihre Rechtsansprüche pünktlich geltend zu machen. Quittungsbuch legitimirt.
Liquidationskommission. [100]

Berlin Sonntag, den 22. August, Vormittags halb 11 Uhr im deutschen Kaiser, Lothringenstr. 37:
Auferordentliche Generalversammlung
der Allgem. Kraulen- und Stenbe-Kasse der Cigarrenarbeiter u.
L. O.: 1) Beschlußfassung über die gestellten Anträge im Betreff der Steuer- und Krankengelderhöhung. 2) Die Vorlage des Statuts von der Revisions-Kommission. — Quittungsbuch legitimirt.
Das Erscheinen ist dringend notwendig. [90]
Der Vorstand Aug. R o t e s.

Berlin Sonnabend, 28. August, Abends 8 Uhr in Grätwell's Bierhalle (oberer Saal):
Öffentliche Versammlung.
Die moderne Production und die Sittlichkeit. Vortrag von Adam. Um zahlreiche Theilnahme bitten
Aug. Heinsch. [60]

Barmen Sonntag, den 22. Aug.:
Ausflug nach Neanderthal bei Döschthal. Abfahrt vom Barmen-Bahnhof 1 Uhr Mittags. [75]

Sonntag, 29. August:
Großes Arbeiter-Fest in der Schützen-Halle bei Neße.
Alles Nähere die Plakate. [100]

Ginsbüttel Sonnabend, den 21. August Abends 7 Uhr in Lübbers Salon:
Verbrüderungsfest.
Concert und Ball,
arrangirt von den Sozialisten Ginsbüttels, unter Mitwirkung der Liedertafel „Egalité“. — Festrede gehalten von W. Hafencleener.
Karten 50 Pf., an der Kasse 50 Pf.
Alle Parteigenossen sind eingeladen. Das Comité.
J. A.: Ernst Kappmann. [100]

Essen Sonntag, den 22. August, Vormittags 11 Uhr im Lokale des Herrn Brandenburg, Grabenstr. Nr. 13:
Sozialisten-Versammlung.
L. O.: Die Geldbewilligungen aus Gemeindegeldmitteln für Siegesfeste und dergleichen. Referent K a s p e. Der Agent. [60]

Hamburg Freitag, den 20. August, Abends 9 Uhr in Stab-Haus 11's Salon, Valentinsdamp 41:
Mitglieder-Versammlung
der sozialistischen Arbeiterpartei.
L. O.: Wahl eines Parteileiters, Schriftführers und Professorenerwerbers.
K o i l a m p. [70]

Hannover Sozial-demokratischer Wahl-Verein.
Sonnabend, den 21. August, Abends 8 Uhr bei R a i t h e s, Neuestr. 45:
Geschlossene Mitglieder-Versammlung.
L. O.: 1) Abrechnung. 2) Vereins-Angelegenheiten.
Der Vorsitzende. [70]

Leipzig Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Nächsten Montag, Abends 8 Uhr:
Versammlung
im Thüringer Hof (Saal) Burgstr. Witt. [40]

Sonntag, den 22. August, von Nachm. 3 Uhr findet zu V o r s d o e f (1. Station der Leipzig-Dresdner Bahn) ein großes Volksfest statt. Solal- und Instrumental-Concert. — Allgemeine Kinderbelustigungen. Bei eintretender Dunkelheit wird der Park mit Lampen und bengalischer Feuer brillant erleuchtet.
Den Schluß des Festes bildet: Ball im Saale des Rosenklosters.
NB. Der Ueberfluß wird dem Krankenunterstützungsverein zugewiesen. Karten werden an der Kasse gelöst. — Entré im Park 25 Pf.
Das Comité des Krankenunterstützungs-Vereins. [225]

Verkäufe Anzeiger.
Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig erscheint und ist durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ in Leipzig und durch die Expedition des „Neuen Sozialdemokrat“ in Berlin zu beziehen:
Der arme Conrad.
Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk auf das Jahr 1876.

In 12 Bogen (circa 100 Seiten) wird dieser Kalender außer dem protestantischen, katholischen und griechischen Kalenderarium — Gesichts-kalender — Wetterregeln — Auf- und Untergang von Sonne und Mond, Tageslängen, Planetenercheinungen — Verzeichniß der Messen und Märkte — Gedichte — Sinnsprüche — Anekdoten u. s. w.
enthalten:
Beiträge von Rob. Schweißel (eine Novelle: Florian Seyer's Selbentod), Otto-Walkter, Aug. Bebel, Job. P. Becker, Job. Roth, H. W. Frizsche, Will. Hafencleener, Will. Liebknecht, Will. Hasselmann.
Illustrationen: Ein Liebesbild, die Stiftung des Bruderbundes „der arme Conrad“ darstellend; die Bildnisse von Heß und Herwegh; eine Rußercolonie von Rob. Owen; Monats-schilderungen.
Alle diese Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und in Holz geschnitten.
Bei dieser gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender gebunden nur 40 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 60 Pf., gegen baar oder Vorkauf.
Wiederverkäufern angemessener Rabatt.
Leipzig, im Juli 1875.
Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
NB. Die Parteiblätter werden ersucht, von obiger Ankündigung Notiz zu nehmen.
Im Verlage von W. Braude jr. in Braunschweig erschien:
Volks-Kalender für 1876.
15 Bogen gr. 4. Gebunden 50 Pf., mit Schreibpapier durchschossen und gebunden 75 Pf.
Inhalt:
Erklärung des Titelbildes. — Neuer (Gregorianischer) Kalender und Erklärung desselben. — Geistliche Zeit- und Jahresrechnung des Jahres 1876, nebst den Auf- und Untergang für die deutschen Länder und Städte. — Vergleichende Zusammenstellung der jüdischen Feste und der Jahresrechnung nach dem neuen Kalender. — Die Jahreszeiten von 1876. — Kalenderium für die 12 Monate mit protestantischem und katholischen Kalender, dem Auf- und Untergang von Mond und Sonne, der Tageslänge, den Planetenercheinungen, einem Wälten-, einem Schreib- und einem Gesichts-Kalender. — Astronomische Mittheilungen. — Sonn- und Mondfinsternisse des Jahres 1876. — Tabellen: zur Stellung einer Uhr; über Ebbe und Fluth der Nordsee; zur Vergleichung der Rängen, Maße und Gewichte; Korn- oder Fruchtrechnung nach altem und neuem Maße; Zins-tabelle; neuer Portolant; Wechselstempel; Trägheits-tabelle; — Einige Data der neueren Geschichte. — Statistisches. — Ereignis-Kalender. — Vermischtes, allehand nützliche Mittheilungen, Mittheilungen aus dem Thierreich. — Der Kartoffelkäfer. — Die Dreifaltigkeit der Schafe. — Die Reblaus, mit 3 Abbildungen. — Anekdoten und Räthseln. — Gedichte: Der Raubschütz, von Nic. Lenau; Beal nach Pierre Dupont von H. F. Illigraus; Der deutsche Kaiser, von Hoffmann von Fallersleben; Arut Kletter und alte Leiden, von Karl Bed. Sonntagsgesänge, von Heug; Jahr aus Jahr ein, von Goethe; Schwindelhaber, von Ludwig Uhland; Karl L. von Heinrich Heine; Kiechstation, von Goethe. — Beiträge von Bernhard Becker: Der Luffelbaum und das Trüffelchen. — Das allgemeine Stimmrecht. — Die Einrichtung von Fress, Koffel und Bourgeois. — Die Eingeborenen Australiens. — Sitten der Indianer. — David Livingstone. — Aus dem Privatleben des Generals Santerre. — Die Tartomanen. — Son Dr. A. Otto-Walkter: Ein Gesellschafts-reiter. Eine zeitgemäße Geschichte. — Aus dem Leben Einiger von Gottes Gnaden. — Son J. W. Frizsche: Gewerksvereine, die Innungen der Reichel. — Son Job. W. Roth: Wer verschuldet die menschlichen Kankheiten? — Son August Heib: Neue Sprache. — Son W. Braude: Das Spectrum, mit 2 Figuren.
Messen und Märkte. Das Verzeichniß des preussischen Regierungsbezirks Magdeburg, Merseburg, Gyrurt, Münster, Minden, Rassel, Bielefeld und Schleswig. — Pöhlen, die Landr. Braunschweig, Anhalt, Oldenburg, Mecklenb., beide Lippe, Varenburg, beide Mecklenburg, Anhalt drei Hansstädte, die Landdrosteien Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück und Auzia, die russischen Lande, Sachsen, Hessen und das gesammte Thüringen, sowie die Hauptmärkte des übrigen Deutschlands, insgesamt 2000 Marktorie.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt, indem direct von der Verlags-handlung zu folgenden Preisen in Partien abgegeben werden:
Gebunden 10 St. 4 R., 100 St. 30 R.
Gebunden 10 St. 6 R., 50 Pf., 100 St. 55 R.
Es wird indeß nur gegen baar oder Vorkauf abgegeben.
Braunschweig, 28. Juli 1875. (4a) W. Braude, jr.
Verantwortlicher Redakteur: O. Rindt in Leipzig.
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Zelterstraße 44, in Leipzig.
und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.